

„Unternehmen brauchen Verlässlichkeit“

hallo-Gespräch mit **Oberbürgermeister Frank Klingebiel** über die bevorstehende Wahl und die Lage der Wirtschaft

VON ROLAND WEITERER

Salzgitter. Ob Weltpolitik oder Bundespolitik. Die Wellen schlagen immer höher, und ihre Ausläufer kommen auch im Rathaus in Lebenstedt an. Was bedeutet die neue Politik und der neue Stil in den USA für Salzgitter, um was sollten sich eine neue Bundesregierung kümmern? Für Oberbürgermeister Frank Klingebiel jagt gefühlt eine Krise die nächste. Im Gespräch mit hallo Salzgitter blickt er auf die Stadt, auf Herausforderungen, aber auch auf freudige Entwicklungen. Lesen Sie heute Teil eins des Interviews.

Gehen Sie am 23. Februar ins Wahllokal oder nutzen Sie bei der Bundestagswahl die Briefwahl?

Frank Klingebiel: Mittlerweile ist es eher die Briefwahl, nicht nur bei mir, sondern im ganzen Familienkreis. Das hat sich irgendwie entwickelt als praktisch. Ich habe es einfach. Ich nehme die Unterlagen mit und gebe sie hier im Rathaus im Wahlbüro ab. Der Gang ins Wahllokal habe ich auch immer gerne gemacht und mit den Wahlhelfer geschnackt, die meisten kennt man ja. Irgendwann war es zeitkritisch, dann habe ich mit der Briefwahl angefangen, und die Familie zog nach. Aber ob Briefwahl oder Wahllokal. Wichtig ist am Ende nur, dass man sein Wahlrecht auch tatsächlich ausübt

Bei den jüngsten Wahlen hat die AfD in Salzgitter hohe Ergebnisse erzielt. Salzgitter steht für eine Stadt gegen Rassismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz. Wie fühlen Sie sich als Oberbürgermeister, wenn eine in Teilen als rechtsextremistisch eingestufte Partei deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt?

Frank Klingebiel: Das ist keine Frage des Fühlens, sondern nach den Rahmenbedingungen, die das Wahlverhalten der Menschen auslösen. Wir haben seit 2016 Krisen, und die Leute stellen fest, dass die Daseinsvorsorge nicht mehr so funktioniert. Aus meiner Tätigkeit als Präsident oder Vizepräsident beim Niedersächsischen Städtetag kann ich sagen, dass wir seit zehn Jahren jeder Bundes- und Landesregierung versuchen zu vermitteln, was wir als Kommunen brauchen, damit die Menschen merken, dass die Daseinsvorsorge funktioniert. Da ist in der großen Politik einiges falsch gelaufen. Für mich ist es wichtig, alles vor



Klares Bekenntnis: Oberbürgermeister Frank Klingebiel fordert die nächste Bundesregierung dazu auf, sich weiter für die klimafreundliche Stahlproduktion einzusetzen.

FOTO: RWE

Ort zu tun, was in meiner Macht steht, um den Menschen das Vertrauen in die Politik und die Daseinsvorsorge zu geben. Konkret heißt das: Kitaplätze für alle, Schule für alle. Und damit die in gutem Zustand sind, brauchen wir Reccourcen. Das Korsett ist wichtig, das einem Bund, Land und Europa geben. Uns fehlt es an Geld, Beinfreiheit und Personal. Die Rahmenbedingungen müssen stimmen, das erwarte ich von der neuen Bundesregierung.

Was sollte die nächste Regierung denn tun, um den Kommunen helfen zu können?

Frank Klingebiel: Wir brauchen ein Aufgabenmemorandum und keine neuen Ideen oder gesetzlichen Rechtsansprüche. Die neue Bundesregierung sollte sich erstmal mit der aktuellen Lage beschäftigen und die Daseinsvorsorge sichern. Da sollte manches in die Zukunft geschoben werden. Ich denke beispielsweise an die Ganztagschule 2026, für die es dann einen Rechtsanspruch gibt. Die wird bundesweit in den Städten und Gemeinden nicht erfüllbar sein, weil Lehrer fehlen oder Gebäude durch Vergabe-recht nicht so schnell fertig werden. Das ist für Politik in Berlin nicht sexy, sie muss den Menschen aber sagen, was geht und was nicht geht. Die Herausforderungen sind jedenfalls riesig.

Frage: Sicher nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Wie stehen Sie zu den nationalistischen Entwicklungen weltweit für eine Stadt, die vom internationalen Handel lebt?

Das besorgt mich. Salzgitter ist

schon von der Historie her immer eine weltoffene Stadt, aufgebaut von Vertriebenen und Flüchtlingen. Bei uns haben immer viele Nationalität friedlich zusammengelebt, deshalb sind unsere Demokratie, die Menschenrechte und der respektvolle Umgang miteinander die Eckpfeiler unserer Stadt. Da bin ich mit glücklicherweise vielen Mitstreitern unterwegs, um das vorzuleben – ob das die Gewerkschaften, die Sozialverbände, die Kirchen oder die Vereine sind.

Wie sehr sorgt sie der weltweite Wandel, der sich durch die US-Wahl ergibt, im Umgang mit klimaschädlicher Energiegewinnung. Kohle und Gas sind wieder auf dem Vormarsch. Was bedeutet das für Salzgitter, dessen Zukunft mit am Erfolg des grünen Stahls der Salzgitter AG oder der VW-Batteriezellenfabrik hängt?

Die Auswirkungen der neuen Trump-Politik auf die Welt, auf Deutschland und Salzgitter vermag ich noch nicht einzuschätzen. Es werden jedenfalls welche kommen, die Europa lösen muss. Und es darf nicht in einem Zollkrieg ausarten. Der Ministerpräsident hat Salzgitter mal als Transformationshauptstadt bezeichnet mit dem SALCOS-Projekt, der Batteriezelle oder dem Wasserstoffcampus. Das sind strategische Entscheidungen der Firmen, die politisch herbeigeführt wurden in Brüssel und Berlin. Da geht es dann nicht, nachdem die Unternehmen Milliarden investiert haben, von der Idee abzurücken. Das wäre fatal. Die Unternehmen brauchen Verlässlichkeit. Deshalb fordere ich

die nächste Bundesregierung dazu auf, diesen Weg weiter zu beschreiten und die Debatte um Industriepreise und Netzentgelte zu beenden. Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, damit die klimafreundlichen Produkte auch wettbewerbsfähig sind. Die zentrale Wasserstoffstrategie des Bundes, insbesondere das dringend benötigte Wasserstoff-Kernnetz, sind zügig umzusetzen. Und ich erwarte vom Bund, dass er die laufenden Transformationsprozesse weiter fördert, sonst bekommt unsere Wirtschaft in Salzgitter ein Riesensproblem.

Ein Riesensproblem hätte Salzgitter auch bekommen können im Zuge der Debatte um Werkschließungen bei VW. Wie beurteilen Sie die Eingung für den Konzern?

Ich bin dankbar, dass sich die Verantwortlichen des VW-Vorstandes und der Arbeitnehmer vor Weihnachten geeinigt haben, dass Standortschließungen und Kündigungen vom Tisch sind. In dieser fragilen Zeit, in der Frust und Enttäuschung der Nährboden für Rechtsextremismus sind, ist es wichtig, dass die Menschen wissen, sie haben einen sicheren Arbeitsplatz. Für Salzgitter ist insbesondere das Bekenntnis zur Batteriezelle enorm wichtig, das ist geklärt, hier wird auch die zweite Linie aufgebaut. Damit wird das Werk auf der Zeitachse transformiert, wie sie schon vor Jahren vereinbart wurde. Diese Einigung schafft den Grund für neues Vertrauen und Stabilität in unserer Stadt. Es standen übrigens mehrere Standorte zur Diskussion. Die Kommunen haben

sich aber nicht auseinander dividieren lassen, sondern geschlossen gefordert, die Standorte zu erhalten. Das halte ich für eine sehr positive Erkenntnis. Diese Geschlossenheit hat etwas bewirkt.

Nicht nur die Wirtschaft liegt Ihnen am Herzen, sondern auch die Vereine. Nun muss der Motorflug-Club Salzgitter den Flugplatz räumen, weil die Salzgitter AG ihm das Gelände gekündigt hat. Der Verein hat eine Petition gestartet. Wo stehen Sie in diesem Konflikt?

Ich habe mich schon als Mediator eingebracht, als die Diskussion losging. Ziel war eine tragfähige Lösung zwischen den Parteien. Aus meiner Sicht gab es die Chance, dass der Verein auf dem Gelände hätte bleiben können. Doch eine Mitgliederversammlung, an der ich auch teilgenommen hatte, lehnte diese Vorschläge für mich ein wenig überraschend ab. Das ist das Selbstverwaltungsrecht des Vereins. Daraufhin ist dem MFC von mir und von der Salzgitter AG geraten worden, sich nach einem neuem Standort umzusehen oder sich anderen Vereinen anzuschließen. Ich habe auch Unterstützung angeboten, die ist nicht angenommen worden. Es wurde stattdessen der Klageweg beschritten. Jetzt gibt es ein rechtskräftiges Urteil. Und ich sehe nach den vielen Gesprächen und dem Rechtsstreit keine Möglichkeit mehr, dass es zu einer einvernehmlichen Lösung kommt. Den Zeitpunkt hat der Verein verpasst.

Gäbe es denn eine Chance, den Flugplatz an anderer Stelle zu verwirklichen?

Das ist die Aufgabe des Motorflug-Clubs. Es gab wohl schon Gespräche mit anderen Vereinen hier und in Braunschweig, vielleicht ließe sich auch eine Lösung finden. Wir als Stadt bieten dem MFC jedenfalls an, ihn bei der Suche zu unterstützen und bei der Abwicklung. Denn der Wechsel eines Geländes ist mit vielen Rechts- und Finanzfragen verbunden, die ehrenamtliche Vorstände überfordern könnten. Erste Ansprechpartnerin wäre unsere Bäder, Sport und Freizeit GmbH. Allerdings muss die Hilfe auch angenommen werden. Ich habe leider den Eindruck, das Urteil soll mit einer Petition nun politisch unterlaufen werden.

Mehr lesen Sie in der nächsten Woche.